

5mal wöchentl. Bezugspreis: für Januar 8,50 Rent.-Mark  
Anzeigen: Berechnung der Anzeigen nach Rent.-Mark  
Beile: Die eingeschaltete Beilage 20 S. f. Familien- u.  
Bereinsanzeigen, Größe 15 S. Die Zeitungsbeilage  
80 mm breit, 1.4. Offertengebühr für Selbstabholer 15 S.  
bei Lebensdauer durch die Post außerdem 2.00 monatlich.  
Preis für die Einzelnummer 15 Renten-Pfennig.  
Verantwortl. Red.: Josef Boman, Dresden

Am Falle höherer Gewalt erhebt jede Verpflichtung auf  
Lieferung sowie Erfüllung von Anzeigen-Aufträgen und  
Reklamen von Seiten der Redaktion. Für unrichtig und durch  
Irrtümer übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Ver-  
antwortung. Unverlangt eingehende und mit Rückporto  
nicht versehenen Manuskripte werden nicht aufbewahrt.  
Sprechstunde der Redaktion 6 bis 8 Uhr nachmittags.  
Hauptredaktion: Dr. Josef Albert, Dresden

# Sächsisches Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Verlag: Sächsische Volkszeitung  
Dresden-Altstadt 16, Salzdammstraße 46  
Telefon 82722 / Postfach Dresden 14797

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Druck und Verlag:  
Saxonia-Verlagsdruckerei G. m. b. H.  
Dresden-Altstadt 16, Salzdammstraße 46

## Politik auf lange Sicht

(1) Die Regierungserklärung des Kabinetts selbst hat durch den Ausfall der sächsischen Gemeindevahlen eine Begleitmusik erfahren, die ein ganz anderes Echo verursachte, als es unter anderen Umständen an die Ohren geklungen wäre. Wer die einzelnen Sätze dieser bedeutungsvollen Kundgebung genau überprüft, der wird, wenn er unboreingenommen ist, ohne Zweifel finden, daß eine ganz andere Welt daraus hervorleuchtet; eine Welt, von der man vorher in Sachsen wohl träumte, an deren belagerte Wirklichkeit man aber nicht glauben konnte. Nicht mehr von dem, versengendem Massenhaß und Todfeindschaft gegen das Bürgertum, nichts von blöden internationalen Phrasen und Umschweifung des Mobs mit unwahren Versprechungen, sondern im Gegenteil ein mutiges Bekenntnis zum Gedanken der Volksgemeinschaft, zur nationalen Idee und zum Reich; das erste Versprechen für alle Klassen und Stände zu arbeiten und zu sorgen, Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten und vor allen Dingen, entgegen der früheren „Kriegsjahrespolitik“, wieder für Arbeit zu sorgen. Wie hätte sonst der Appell an alle Volksteile, an der Wiederaufrichtung der Wirtschaft und an dem Ausbaue der inneren Grenzen mitzuwirken, in der politischen Öffentlichkeit gewirkt! Heute unter dem Eindruck der Gemeindevahlen klingt der Widerhall aus der Reichspresse nicht anders an, und auch die demokratische Presse blüht heute schneidende Parolen. Es ist ganz selbstverständlich, daß dieser in sich imponierende Höhe nicht geahnte Erfolg überall die größte Bewunderung, ja lauten Jubel hervorruft; denn die Erinnerung an all die Drangsalen, die der nichtsozialistische Volksteil in den letzten drei Jahren und besonders unter der Herrschaft des Reichstags und der Reichsregierung, wie sie die Sozialdemokratie niemals im Kaiserlichen Deutschland hat zu erdulden brauchen.

So sehr diese ersten Anmerkungen der Freunde über die Erklärung aus dieser roten Trümmern auch zu begreifen sind, ebenso sehr und eindringlich aber muß vor der Gefahr gewarnt werden, in den gleichen Fehler zu fallen, den die Sozialdemokratie begangen hat, als ihr die Macht unerwartet in den Schoß fiel. Wir dürfen uns schon vor dem Kriege nicht den Luxus leisten, in zwei Volksteilen zu zerfallen, die sich in erbitterter Todfeindschaft gegenüberstanden. Die begehrtesten Kammern von 1914 haben diese Klassen der Abgründe nicht aufgeschüttet, sondern nur notdürftig überdeckt, wie es der Verlauf und das Ende des furchtbaren deutschen Kampfes schlagend bewiesen haben. Wie hätte sich sonst der Haß der sozialistischen Volksteile gegen das Bürgertum so ausbreiten können, wie wir es in diesen fünf Jahren schaudernd erlebt haben. Doch unter den heutigen furchtbaren außenpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnissen nur eine kurze Zeitspanne nötig wäre, und eine solche Revanchepolitik, aufgedreht auf rein negativem Grunde, zum Zusammenbruch zu bringen, war jedem politisch und historisch denkenden Menschen schon in den Anfängen dieser sozialistischen Katastrophenpolitik klar und ebenso, daß die Reaktion starke Reaktionen zeigen würde, nach dem Zusammenbruch der Sozialdemokratie Vergeltung zu üben. Deshalb wurde vor geraumer Zeit die Idee von der Volksgemeinschaft in die große deutsche Debatte geworfen, die besonders vom Zentrum und (wie denken an die Arbeitergemeinschaften usw.) von der deutschen Volkspartei aufgegriffen und niemals wieder fallen gelassen wurde. Das große nationale Ziel kann zweifellos nur darin bestehen, die vorhandenen Gegensätze auszufüllen und eine einzige Nation, in der genügend Spielraum für alle Klassen und Stände vorhanden ist, zusammenzuschreiben, wenn das deutsche Volk überhaupt jemals aus seinem Elend herauskommen und seine nationale und damit auch wirtschaftliche Selbständigkeit wiedergewinnen will. Die Erkenntnis dieser Wahrheit könnte bei einigen Vertretern der Deutschnationalen Preusserei geworden sein, doch sind sie nicht handlungsfähig. Auf der anderen Seite aber haben sich die sozialistischen Kreise bis zuletzt verweigert gegen eine Preisgabe ihrer Klassenkampftheorie und internationalen — also anationalen — Gewandtheit. Man gewinnt zu der Vereinigung der Reichssozialisten mit den Unabhängigen und zu den verschiedensten Versuchen der vereinigten Sozialdemokraten, die meistens mit würdeloser Selbsterniedrigung eine verzweifelte Realpolitik haben, mit den Kommunisten eine gemeinsame Linie zu finden, nur die richtige Einstellung, wenn man sie unter diesem Gesichtswinkel betrachtet.

Damit ist auch zugleich das Urteil über alle Weltreueungen gesprochen, und mit umgekehrten Vorzeichen gegen und ohne die Sozialdemokraten, in denen noch immer bereitete Volksteile ihre Vertretung sehen und sehen werden, zu regieren. Diese Gefahr liegt bei dieser in Aussicht der Gemeindevahlen außerordentlich nahe. Darin offenbart sich auch die verhängnisvolle Eigenartigkeit weiter, und nicht der schlechtesten Volksteile. Geschichte nur zu lernen um nichts aus ihr zu lernen. Glaube jemand im Ernst, daß Ideen, ein halbes Säkulum in Dingen und Sinnen der Kreise geschwemmt, die nun einmal abseits mancher reichen Gabelstiele des Lebens stehen, so schnell verschwinden und entgegengeleiteten Anschauungen weichen werden? Kann ein ernsthafter Mann wirklich der Überzeugung sein, daß die wachsende Erkenntnis in sozialistischen Kreisen, nur der Aufkommen aller Klassen und Stände könne das deutsche Volk aus dem Elend erretten und es wieder zu nationaler Größe führen, weitere Fortschritte machen werden, wenn von bürgerlicher Seite die kaum verharrenden Wunden neu aufgerissen werden? Kann jemand so töricht sein, zu glauben, daß das reine rote Wasser der Vernunft gerade bei den Kreisen, die nur mit dem Drogen zu denken gewohnt sind und in denen Wünsche und Verleiden heißer toben als bei anderen, über den schäumenden Wein der unerfüllbaren Wünsche fließen werde, daß sozialistisches Blut dünner sei als die Idee der Volksgemeinschaft? Diese Fragen sind vernünftig; das braucht nicht erst ausgeführt zu werden. Wir haben es leider vergessen, welche Gegensätze

## Das belgische Programm

Japans hofft auf einen Sicherheits- und Defensivvertrag zwischen Paris, London und Brüssel — Die verschobene Reise der Sachverständigen nach Berlin — Die verjüngte amerikanische Lebensmittelanleihe

### Die Hoffnung auf ein belgisch-englisches Defensivbündnis

Brüssel, 17. Januar. Der belgische Senat hat gestern die Ansprache über das Budget des auswärtigen Amtes fortgesetzt. Zu Verlaute der Sitzung ergriß Japans das Wort zu einer längeren Rede, in der er auch das Ruhr- und Sicherheitsproblem berührte. Der belgische Außenminister versuchte von neuem die Befestigung des Ruhrgebietes zu rechtfertigen und meinte insbesondere, unser Volk ist von dem deutschen Problem bedroht, welches in das Problem der Reparationen und dasjenige der Sicherungen verfallt. Wenn man behauptet, daß die am 11. Januar 1923 eingeleitete Politik zu einem Mißerfolg führte, so werde die öffentliche Meinung bewußt irreführt. Diese Politik hat vielmehr Deutschland zum Nachgeben gezwungen. Es ist und gelingen, die deutschen Industriellen zu veranlassen einen Teil ihrer Guthaben auf die Zahlungen der Reparationen zu verwenden. Im übrigen haben wir die Form der Befestigung gemildert. Wenn Deutschland sich einbildet, daß wir das Ruhrgebiet vor der völligen Bezahlung der Reparationen verlassen, dann bedeutet das einen Irrtum. Japans kam dann auf den französisch-belgischen Wirtschaftsvertrag zu sprechen und gab der Ansicht Ausdruck, daß der Vertrag, obwohl er nicht in allen Punkten die Befriedigung des belgischen Volkes findet, doch für beide Länder große Vorteile aufweise. Japans bekannte sich als entschiedener Gegner einer französisch-belgischen Zollvereinbarung. Er sehe auf dem Standpunkt, daß die Unabhängigkeit Belgiens dabei zu Schaden kommen könnte. Dem Schluß erklärte der belgische Außenminister, wir können behaupten, daß die Ruhrbesetzung einträglich zu werden anfängt. Was unser Programm anlangt, so kommt es zunächst darauf an, daß Belgien sich selber teure bleibt. Ferner wünschen wir, das Belgien auch weiterhin an dem westeuropäischen Zusammenbruch teilzunehmen, durch den der Krieg gewonnen wurde und der es uns auch erträglich machen wird, den Frieden zu gewinnen. Besonders auffällig erregte Japans mit nachfolgenden Schlußworten: Ich möchte nicht die Hoffnung verhehlen, daß Belgien mit England ein Defensivbündnis abschließen wird, wie es mit Frankreich unterzeichnet worden ist. Ich hoffe überhaupt, daß zwischen Paris, London und Brüssel ein Sicherheits- und Defensivvertrag zustande kommt, der die Länder fest aneinander fetter.

### Die Widerstände Frankreichs und Belgiens

Paris, 17. Januar. Der Sachverständigenausschuß zur Prüfung der deutschen Finanzlage ist gestern vormittag 10 Uhr unter dem Vorsitz des Generals Dawes zu einer Sitzung zusammengetreten, die bis 12.15 Uhr dauerte. Neben dem Inhalt wird vorläufig Stillschweigen bewahrt. Aus diesem Grunde wurde auch kein Pressecommuniqué herausgegeben. Der Ausschuß hat dann gestern nachmittag von 5 bis 6.30 Uhr wieder getagt. Eine neue Beratung ist für heute nachmittags 4 Uhr festgesetzt worden. Wir glauben zu wissen, daß gestern hauptsächlich über die Bildung der beiden Unterausschüsse verhandelt wurde, die sich vorerst voneinander mit dem deutschen Währungsproblem und der Ausarbeitung des Staatsbudgets beschäftigen sollen. Vorgeräten kamen die Unterabschüsse angeregt der abstrakten Eintragung des französischen Delegierten Parmentier und seines belgischen Kollegen nicht zuwider. Nach gewissen Informationen zu schließen, hat General Dawes auf ihre Bildung verzichtet und beschlossen, daß beide Probleme von dem Sachverständigenausschuß beherrscht werden. Im Falle der diplomatischen Kräfte ist man der Ansicht, daß der Sachverständigenausschuß angestrebt der außerordentlichen Talents seines Repräsentanten seine Arbeiten bereits Ende Februar beendet haben wird. Kurz nach der Vereinnahmung des Reichspräsidenten Dr. Schacht und nach dem Aufkommen des zweiten Sachverständigenausschusses zur Klärung der deutschen Auslandsguthaben dürften sich die Sachverständigen nach Berlin begeben.

der Freireich vom Stein erst überbrücken, welche schweren sozialen Schäden er beilen mußte, ehe das preussische Volk in todesmutiger Vegetation zu den Waffen griff, um sich die Freiheit und damit das Leben und die Grundlagen seiner künftigen Größe zu erkämpfen, die mit der Größe des deutschen Vaterlandes überhaupt identisch ist! Wie man sich die Vertreibung des deutschen Vaterlandes aus der Sklaverei, wie man sich einen erneuten Aufstieg zu Macht und Größe ohne ein einiges Volk im Innern denkt, ist uns unbegreiflich und ebenso, wie man auch nur im Traume daran denken kann, eine solche Einheit durch Aufweichen der alten Gegensätze herbeizuführen. Die Gefahr, daß alle Anstrengungen gemacht werden, um eine solche Nebensachepolitik wenigstens zu versuchen, liegt außerordentlich nahe, da es kaum jemanden geben wird, der in der ersten Freude über diese überwältigenden Erfolge nicht ähnlichen Gedankenempörungen Raum gegeben hätte. Aber der nächste Schritt, der die Regel in dem Leben des einzelnen und der Gesamtheit ist, fordert darum auch größere Rechte. Die nächsten Jahre werden die härtesten Anforderungen an alle Volksteile stellen, werden also auch den Arbeitern die schwersten Entbehrungen auferlegen müssen, viel schwerer noch, als sie die schweren Zeiten des wirtschaftlichen Aufstieges in Sachsen brachten. Es wird eine Verleumdung sein, mit dem Auslande erfolgreich zu konkurrieren und so die verlorenen Werten auf dem Welt-

### Schacht mit Bergmann nach Paris

Paris, 17. Januar. Nach dem „New York Herald“ beabsichtigt der Sachverständigenausschuß dem Reichspräsidenten Dr. Schacht, den er nach Paris gebeten hat, über den gegenwärtigen deutschen Teufelstand zu befragen im Hinblick auf die Gründung einer neuen Lebensmittelanleihe, die völlig unabhängig von der Regierung bestehen soll. Bei Bekanntwerden der an den Reichspräsidenten gerichteten Anfrage, habe einer der finanziellen Vertreter Deutschlands in Paris einem Berichterstatter des „Herald“ erklärt, er vertraue darauf, daß Dr. Schacht ohne weiteres bereit sein werde, in Begleitung des Finanzdirektors a. D. Bergmann nach Paris zu kommen. Deutschland habe alle Intentionen für den Sachverständigenausschuß bereit.

Mailand, 17. Januar. Zu der an den Reichspräsidenten Dr. Schacht ergangenen Einladung, vor dem ersten Sachverständigenausschuß der Reparationskommission in Paris zu erscheinen, hatte der „New York Herald“ erklärt, diese Einladung gehe auf einen Antrag des Vorsitzenden der Kommission, des amerikanischen Generals Dawes zurück. Nach in Rom eingetragenen Nachrichten entspricht dies nicht den Tatsachen, man glaubt vielmehr, daß in der nächsten Zeit durch andere führende Männer deutsche Persönlichkeiten nach Paris berufen werden, um von dem Sachverständigenausschuß gehört zu werden. Auf diese Weise hoffen gewisse Kreise, zu verhindern, daß die Sachverständigen, wie ursprünglich beabsichtigt, nach Berlin reisen oder zu erreichen, daß sie diese Reise erst antreten, wenn das Ergebnis ihrer Vorarbeiten im großen fertigt.

Paris, 17. Januar. Nach „Le Petit Parisien“ wird der Sachverständigenausschuß der Reparationskommission die bestmögliche Reise nach Berlin nicht selbst antreten, wie ursprünglich angenommen wurde. Der Ausschuß hat Wert darauf, die vorbereiteten Arbeiten vor seiner Reise erst vollkommen durchzuführen.

### Keine amerikanische Lebensmittelanleihe für Deutschland

New York, 17. Januar. Toghers informierte Coolidge und Mellon dahingehend, daß die Kriegs- und Finanzkommission auf gemeinsamen Wege eine Anleihe an Deutschland nicht geben könne. Die New Yorker Bankiers müßten den Plan der 10-Millionen-Dollaranleihe fallen lassen, weil Frankreich und Belgien sich weigerten, eine derartige Fiktion als erste Hypothek vor den Reparationen anzuerkennen.

### Das Eintreffen des Herrn von Hüch

Berlin, 17. Januar. Der deutsche Reichsminister Dr. Hüch ist heute im Laufe des Vormittags in Berlin zu einer Audienz mit der Reichsregierung eingetroffen.

### Die Aussprache im englischen Unterhaus

London, 17. Januar. Im weiteren Verlauf der Unterhausrede ergriß Ramsay MacDonald das Wort und äußerte sich vor allem zur Frage der Ruhrbesetzung. Er sagte:

Wenn wir uns im Geiste 12 Monate zurückverfolgen, so stellen wir fest, daß das englische Kabinett mit der französischen Politik in der Ruhrfrage nicht einverstanden war. Die englische Regierung wußte, daß die Ruhrbesetzung unangebracht war, sie beschränkte sich jedoch darauf, ihren Verhältnissen zu folgen, wenn wir auch dem Untereinstimmen nicht zustimmen, weil wir übereinstimmen sind, daß ihre Ursache dort, so hoffen wir doch, daß es auch gelung. Welch ein Wahnsinn! Sobald von der Augenblick kommt, diese Politik zu ändern, sind bei Verhandlungen das letzte Entschlossen auch die Schwierigkeiten zu überwinden, die England entgegenstehen, die es aber übernehmen muß, um seine Autorität wieder zu gewinnen. Um jeden Preis müßte wir neue Wege in der Politik einschlagen. Wir dürfen es nicht dulden, daß man uns überredet, ich bin überzeugt, daß keine Nation in Europa und weiter beiseite stehen lassen wird, wenn wir nachdrücklich behaupten, daß wir unseren Entschlossen Stellung zu verhalten wünschen. Die

markt wieder zu gewinnen. Das kann aber nur geschehen, wenn alle Volksteile, also auch die Sozialdemokratie, herbeiführt diese Verleumdung mit anfasseln. Der Anfang dazu ist in Sachsen gemacht; ob das mit oder ohne einen gewissen Hauch geschehen ist, spielt dabei keine Rolle. Die Hauptsache ist, daß ein Anfang dazu gemacht ist, die Sozialdemokratie endlich zu positiver Arbeit zu gewinnen. Die Worte des Reichspräsidenten Dr. Schacht bei seiner Wahl und die Regierungserklärung seines Kabinetts sind dafür schlagende Beweise. Gewiß, unter den Wirkungen der Gemeindevahlen ist es leicht, durch harte Worte für seine Partei große Geschäfte zu machen. Wir aber, denen das Wohl des gesamten deutschen Vaterlandes die Hauptsache, das Wohl der Partei aber (richtig verstanden) Nebenache ist, halten es mit den Worten des Dichters, Ernst von Wildenbruch, der doch sozusagen auch ein guter Deutscher war:

Recht ist nicht Zeit zum Wählen,  
Nicht Zeit für die Partei,  
Recht ist nur Zeit, zu fühlen.  
Das eine das höchste sei:  
Das Land, in dessen Schöße  
Das Reich und Geist erstand,  
Das heilige, das große  
Das deutsche Vaterland!